



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

Landesgeschäftsstelle

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.tbb-konkret.de

27. November 2012

Reine Panikmache – zukünftige Pensionsverpflichtungen sind seit 21 Jahren Haushaltsentlastungen

Thüringer Beamtenbund zu Pensionsbericht

Als „reine Panikmache“ hat der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Helmut Liebermann, heute die Aussagen von Finanzminister Wolfgang Voß zur Entwicklung der Pensionsverpflichtungen des Landes bezeichnet.

Voß hatte gestern die Zahlen zur Entwicklung der Pensionsverpflichtungen bis zum Jahr 2032 vorgestellt.

„Diese Zahlen sind kein Geheimnis und seit dem Jahr der jeweiligen Verbeamtung angelegt und bekannt. Jeden einzelnen Euro dieser zukünftigen Pensionsverpflichtungen in Millionenhöhe hat das Land Thüringen in den letzten Jahrzehnten zur Haushaltskonsolidierung eingespart, anstatt ihn für genau diese zu erwartenden Ausgaben zurückzulegen“, sagte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes.

Das Land Thüringen muss wie jeder Arbeitgeber für seine Tarifbeschäftigten Rentenzahlungen während der Arbeitsphase leisten. Diese entfallen bei einer Verbeamtung. Dafür erhält der Beamte nach Eintritt in den Ruhestand vom Land eine Pension. In Summe kostet damit der Beamte während seiner Dienstzeit den Dienstherrn weniger als ein Tarifbeschäftigter. Dafür endet die Verpflichtung des Dienstherrn zur so genannten Alimentation auch nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand.

„Ohne Beamte würde der öffentliche Dienst für Bürgerinnen und Bürger nicht funktionieren. Aber erst billig einkaufen und dann die Folgekosten nicht berücksichtigen – das ist kein gangbarer Weg“, so Liebermann. „Bis 2032 wird jeder zweite Polizist, jede zweite Lehrerin im Klassenzimmer, jeder zweite Feuerwehrmann nicht mehr zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Das ist der Teil der Wahrheit, den der Finanzminister nicht mit erwähnt hat.“

Jeder der 8.800 Beschäftigten, die bis 2032 nach dem Stellenabbaukonzept der Landesregierung abgebaut werden sollen, ist auch logischerweise einer, der die Zahl der künftigen Versorgungsempfänger erhöht.

„Die Finanzsituation Thüringens hängt nicht an der Verbeamtung - es geht allein um eine Grundsatzentscheidung, wie viele Feuerwehrmänner und -frauen, wie viele Polizisten, wie viele Erzieher und Lehrer, aber auch wie viele Mitarbeiter im Bürgerservice wir uns künftig noch leisten wollen“, sagte Liebermann und fügte hinzu: „Übrigens: Wissen Sie immer, ob der Mensch am Schreibtisch gegenüber Angestellter oder Beamter ist?“

pressediens